

## Beschluss LPT-2002-01

SPD-Landesparteitag am 16. November 2002 in Dessau

# Verantwortung für Sachsen-Anhalt - Die SPD als Partei in der Mitte der Gesellschaft

## 1. Grundlinien und Perspektiven: Ziel Regierungsverantwortung 2006

Die Bürgerinnen und Bürger haben der SPD Sachsen-Anhalt bei der Landtagswahl nicht mehr zugetraut, die wirtschaftlichen Probleme zu lösen und unser Land weiter voran zu bringen. Dies fand seinen Ausdruck vor allem darin, dass deutlich mehr als 100.000 SPD-Wählerinnen und -Wähler von 1998 bei dieser Wahl zu Hause geblieben sind. Die Bundestagswahl hat aber auch gezeigt, dass die SPD in Sachsen-Anhalt nach wie vor die Fähigkeit hat, Mehrheiten für sozialdemokratische Politik zu gewinnen. Auf dem Erfolg bei der Bundestagswahl können und werden wir aufbauen, um 2006 in Sachsen-Anhalt wieder Regierungsverantwortung übernehmen zu können.

Die SPD in Sachsen-Anhalt hat ihre Rolle als Oppositionspartei angenommen. Wir machen eine klare und faire Politik, die nur das verspricht, was sie auch halten kann. Orientierung ist für uns unser Landtagswahlprogramm 2002, denn unsere politischen Überzeugungen haben sich durch das Wahlergebnis nicht geändert. Sozialdemokraten stehen für Glaubwürdigkeit in der politischen Arbeit. Sozialdemokratische Politik ist eigenständig und an Inhalten orientiert.

Maßstab für unsere Politik sind unsere Grundwerte: Freiheit, Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit sowie Solidarität und Verantwortung für andere. Diese Werte müssen immer wieder neu in konkrete Politik umgesetzt werden. Deshalb wollen wir

- Arbeitsplätze und Wohlstand fördern,
- die Menschen für die Herausforderungen des globalen Wettbewerbs stark machen,
- den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärken und soziale Ausgrenzung und Armut zu bekämpfen;
- eine nachhaltige Politik, die materiellen Fortschritt, Ökologie und unsere Verantwortung für zukünftige Generationen miteinander verbindet.

Im Mittelpunkt unserer Politik stehen die Bedürfnisse und Sorgen der Menschen in Sachsen-Anhalt. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sind auf Grund des anhaltenden Strukturwandels und vielfältiger gesellschaftlicher Veränderungen neuen Herausforderungen ausgesetzt. Diese Herausforderungen bringen Verunsicherungen mit sich. Wir Sozialdemokraten sehen uns hier besonders in der Pflicht zu helfen, denn wir stehen für Sicherheit im Wandel.

Wir lassen die Menschen nicht allein. Sozialdemokratische Politik bekennt sich dazu, dort gestaltend einzugreifen, wo Menschen an den Rand gedrängt werden. Wir sind für die Überprüfung staatlicher Aufgaben, aber Deregulierung und Privatisierung sind für uns kein Selbstzweck.

Unsere politischen Konkurrenten sind CDU, PDS und FDP. Mit ihnen stehen wir im Wettbewerb um die besten politischen Konzepte für unser Land. Wir werden die konservative Landesregierung an ihren überzogenen Versprechungen messen. Insbesondere werden wir eine verantwortungsvolle Finanzpolitik einfordern und CDU und FDP an ihre Ziele zum

## Beschluss LPT-2002-18

SPD-Landesparteitag am 16. November 2002 in Dessau

### Landwirtschaft

Die SPD Sachsen-Anhalts fordert die Landesregierung auf, dem erfolgreichen Modell der alten SPD-Landesregierung in Bezug auf das EU-Lobbying auf dem damaligen chemiepolitischen Feld zu folgen und über die Vertretung des Landes bei der Europäischen Union auf eine vernetzte, konzertierte Aktion der ostdeutschen Länder hinzuwirken, die elementare Interessen der ostdeutschen Landwirtschaft bei der Europäischen Kommission zur Geltung bringt: Vor dem Hintergrund der Osterweiterung ist eine Agrarreform unbedingt erforderlich, viele Ansätze des zuständigen Kommissars gehen in die richtige Richtung und die EU-Reform als solche ist zu unterstützen. Jedoch muss eine Ausnahmeregelung für grossflächige, leistungsfähige Agrarbetriebe, die umweltgerecht und tierschutzgerecht wirtschaften, festgeschrieben werden, die diesen mehr als 300.000 Euro Prämien oder mehrere Tranchen in Höhe dieser Kappungsgrenze zugänglich macht. Ausserdem soll das Land darauf hinwirken, dass zusätzliche Arbeitnehmerfreibeträge jenseits der ersten beiden Arbeitskräfte deutlich über 3.000 Euro liegen und damit den beschäftigungsintensiven Betrieben in strukturschwachen Räumen weitere Unterstützung zukommt.